

L1 Kohleausstieg in Sachsen-Anhalt (Leitantrag)

Gremium:	Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum:	04.03.2023
Tagesordnungspunkt:	3.1. Leitantrag
Status:	Modifiziert

Antragstext

1 Kohleausstieg in Sachsen-Anhalt

2 Die Klimakrise ist zweifellos eine der größten Bedrohungen unserer Zeit – von
3 der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal bis zu dem Waldsterben im Harz. Die
4 Folgen der verfehlten Klimapolitik der letzten Jahrzehnte sind auch bei uns
5 bereits klar erkennbar. Umso erschreckender ist es zu sehen, dass die
6 Landesregierung noch immer so handelt, als würde es die Klimakrise nicht geben.
7 Alle Klimaziele des Pariser Klimaabkommens werden gänzlich verfehlt. Stattdessen
8 setzen Ministerpräsident Haseloff und Wirtschaftsminister Schulze auf die
9 klimaschädliche, umweltzerstörende und technisch längst überholte Braunkohle.
10 Damit gefährden sie nicht nur unser Klima, sondern auch die
11 Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze in unserem Bundesland.

12 Wer heute noch langfristig plant, auf Kohle zu setzen, der setzt auf
13 Deindustrialisierung, setzt auf Energieengpässe, setzt auf soziale Krise mit
14 Ansage. Und setzt unser aller Zukunft aufs Spiel.

15 Sachsen-Anhalts Braunkohleminen sind voraussichtlich ab 2034 ausgekohlt. Das
16 bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt keine Braunkohle mehr gefördert und teure
17 Kohle importiert und verstromt werden müsste. Ein Weg, der sich so weder
18 versorgungstechnisch, preislich, noch unter dem Aspekt des Klimaschutzes für
19 Sachsen-Anhalt rechnen wird.

20 Die Bestrebungen der CDU, einen Kohleausstieg für Sachsen-Anhalt frühestens ab
21 2038 zu verwirklichen, ist nicht nur in größtem Maße realitätsfern, sondern ist
22 auch eine tatsächliche Gefahr. Selbst ein Kohleausstieg im Jahre 2034 im
23 mitteldeutschen Revier ist klimatechnisch brandgefährlich. Deshalb ist es jetzt
24 zwingend notwendig eine Wende in der Energiepolitik hin zu einem Kohleausstieg
25 spätestens 2030 zu erreichen!

26 Gemeinsam für Klimagerechtigkeit!

27 In Kooperation mit den Landesverbänden in Brandenburg und Sachsen sowie mit der
28 GRÜNEN JUGEND als Ganzem setzt sich die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt aktiv für
29 einen vorgezogenen Kohleausstieg in Ostdeutschland ein. Nur mit einer
30 gemeinsamen Kraftanstrengung zusammen mit vielen weiteren Bündnispartner*innen
31 wird es möglich sein, einen klimagerechten Osten zu erreichen...

32 Die GRÜNE JUGEND bringt durch ihre weitreichenden Verbindungen zu den
33 unterschiedlichsten Akteur*innen den Druck von der Straße in die Parlamente.
34 Dabei sehen wir uns insbesondere als Bindeglied zwischen anderen Initiativen.
35 Dafür wollen wir unsere Kontakte zu Klimabündnissen in Sachsen-Anhalt nutzen und
36 ausbauen, und uns aktiv an der Vorbereitung und dem Aufbau neuer Bündnisse
37 beteiligen. Nur wenn wir die Mittel und Möglichkeiten vieler Partner*innen
38 zusammenbringen, können wir als Bewegung gemeinsam davon profitieren.

39 Wenn die Regierungen es nicht eigenständig schaffen, tatsächlichen 1,5-Grad-
40 konformen Klimaschutz zu betreiben, dann braucht es den Druck von der Straße.
41 Diesen Druck müssen und werden wir massiv erhöhen.

42 Kohleausstieg im Osten 2030

43 Die Bundesnetzagentur ist in ihrem aktuellen Bericht zu dem Entschluss gekommen,
44 dass durch einen auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg in Ostdeutschland die
45 Stromversorgung nicht gefährdet wäre. Selbst bei steigendem Energiebedarf würde
46 es laut Bundesnetzagentur¹ nicht zu Engpässen im Energiesektor kommen. Es ist
47 jedoch zwingend notwendig, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen-
48 Anhalt dafür mit aller Kraft voranzubringen.

49 Wichtig ist es zudem aus den Hinterzimmerdeals mit RWE zu lernen. Einen
50 Kohlekompromiss mit der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft (MIBRAG), der
51 von Intransparenz und geschönten Zahlen geprägt ist, wie es in Nordrhein-
52 Westfalen der Fall gewesen ist, können wir uns nicht leisten. Es braucht ein
53 Gutachten, welches wissenschaftlich fundiert und ohne marktwirtschaftliche
54 Beeinflussung aufzeigt, wie viel Braunkohle bis 2030 tatsächlich noch im
55 Energiesektor benötigt wird. Wir wollen einen transparenten und Paris-konformen
56 Ausstiegsplan, der in erster Linie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und den
57 Schutz unserer Lebensgrundlagen berücksichtigt. Und wir sind überzeugt: Neben
58 einer grundsätzlich neuen Schwerpunktsetzung in der Energiepolitik und einer
59 dringend notwendigen Transformation der (Energie)wirtschaft in Sachsen-Anhalt,
60 braucht es als Antrieb für all diese Veränderungen einen Kohleausstieg bis
61 spätestens 2030.

62 Keine neuen Flächen für Kohle - Lützen ist nicht Lützerath

63 Lützen, Profen/Domsen und Amsdorf – Das sind die Gebiete, die im aktuellen
64 Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalts als Vorranggebiete für die
65 Braunkohlegewinnung ausgewiesen sind. Auch wenn diese Gebiete nicht länger
66 unmittelbar bedroht sind, so sind sie dennoch eine Hintertür für Konservative,
67 um sich an die Braunkohle und damit schmutzige Energie zu klammern. Wir fordern
68 daher die Landesregierung auf, in der aktuellen Neuaufstellung des
69 Landesentwicklungsplans alle noch nicht genutzten Vorranggebiete für Braunkohle
70 zu streichen.

71 Weg mit der Kohle - her mit den Perspektiven!

72 Die Ausgangslage in Sachsen-Anhalt für einen vorgezogenen Kohleausstieg ist
73 denkbar schlecht. Trotz fundierter Berichte verschläft unsere Landesregierung
74 die so dringend notwendigen Veränderungen bewusst. Der Braunkohletagebau und die
75 damit verbundenen Arbeitsplätze werden schamlos instrumentalisiert, um das
76 Märchen der Massenarbeitslosigkeit im mitteldeutschen Revier aufrecht zu
77 erhalten. Momentan arbeiten ca. 6000 Menschen in Sachsen-Anhalt unmittelbar in
78 der Braunkohle. Mit einem früheren Ausstieg aus der Kohle fallen laut der CDU-
79 Fraktion alle in der Braunkohle tätigen Arbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit.
80 Man ignoriert hierbei den enormen Fachkräftemangel, der in unserem Land
81 herrscht.

82 Es ist essenziell, die Arbeiter*innen in der Braunkohle abzusichern. Dafür
83 braucht es vorausschauende Planungen, um einerseits die Arbeitslosigkeit zu
84 verhindern und die Menschen als fähige Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu

85 integrieren. Andererseits müssen diejenigen, die Umschulungen benötigen,
86 aufgefangen und unterstützt werden, damit sie nicht als Verlierer*innen aus dem
87 Transformationsprozesses unseres Bundeslandes gehen.

88 Das bereits absehbare Ende der Kohle erzwingt einen Umbau der Wirtschaft im
89 Osten im Allgemeinen und in Sachsen-Anhalt im Besonderen. Damit einher gehen
90 aber auch Chancen für neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze.

91 In großen Mengen verfügbarer Strom aus den Erneuerbaren ist kostengünstig und
92 somit ein enormer Standortvorteil, gerade für jene Regionen in Sachsen-Anhalt,
93 die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen können. Neuansiedlungen von
94 Unternehmen wie Intel sind auch darauf zurückzuführen. Wenn es Sachsen-Anhalt
95 also schafft, die großen Potenziale z.B. für Windenergie geschickt zu nutzen,
96 kann man zukünftig mit vielen neuen und perspektivreichen Arbeitsplätzen
97 rechnen.

98 Ausbau der erneuerbaren Energien

99 Ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein vorgezogener Kohleausstieg in
100 Sachsen-Anhalt unerreichbar. Aus diesem Grund ist es jetzt an der Zeit den
101 Transformationsprozess zu starten, um in sieben Jahren aus der Braunkohle
102 aussteigen zu können und unsere Energie aus der Windkraft, Photovoltaik und
103 anderen erneuerbaren und echt klimaneutralen Energieformen zu gewinnen.

104 Mit dem Ausstieg aus der Braunkohleindustrie in Sachsen-Anhalt ergeben sich
105 viele Bergbaufolgeflächen. Diese gilt es zu nutzen und anzupassen. Die
106 Bergbaufolgeflächen der MIBRAG eignen sich perfekt, um auf ihnen Windparks und
107 Solarparks zu errichten. Dadurch werden diese sonst brach liegenden Flächen für
108 den Ausbau der Erneuerbaren genutzt und bieten der MIBRAG die Möglichkeit auch
109 nach 2030 noch als Energiekonzern in Sachsen-Anhalt zu existieren. Die MIBRAG
110 zeigt bereits jetzt Bestrebungen sich in diesem Markt zu etablieren. Deren
111 Absichten sind jedoch rein marktwirtschaftlicher Natur. Das bedeutet, dass das
112 Unternehmen so lange an der Braunkohle festhalten wird, bis daraus keine Profite
113 mehr erzielt werden können. Eine Chance bietet dieser Umbau für den
114 Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt jedoch trotzdem. Neben der Windkraft und der
115 Solarenergie hat die MIBRAG auch ihr Interesse an Wertschöpfungsketten von
116 grünem Wasserstoff gezeigt. Damit würden sie in Sachsen-Anhalt auf große
117 Nachfrage stoßen. Viele Stakeholder haben ein Interesse daran in Sachsen-Anhalt
118 einen Produzenten für Wasserstoff zu haben.

119 Deshalb ist es wichtig, mit der MIBRAG in Verhandlungen zu einem früheren
120 Kohleausstieg zu treten und ihnen die Chancen dieses Transformationsprozesses zu
121 verdeutlichen. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt zur Klimaneutralität und
122 zu einem gestärkten Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.

123 Aber auch außerhalb dieser Folgeflächen müssen die erneuerbaren Energien weiter
124 ausgebaut werden. Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer, in dem es sehr
125 viele Flächen gibt, auf denen Windkraftanlagen im Einklang mit Mensch und Natur
126 errichtet werden können. Dieses Potenzial gilt es jetzt auch zu nutzen.

127 Zudem fordern wir ein Umdenken, wie wir Energie gewinnen und wer sie erzeugt.
128 Energieversorgung ist kritische Infrastruktur und sollte daher grundsätzlich
129 nicht gewinnorientiert ausgerichtet sein. Statt uns von Klimaschädlichen
130 Rohstoffen, Despoten und Großunternehmen abhängig zu machen, muss die Energie

131 der Zukunft echt klimaneutral, dezentral und gemeinwohlorientiert gewonnen
132 werden.

133 Wir wollen Solarparks und Windkraftanlagen in Bürger*innenhand. Kommunen, die
134 Flächen für erneuerbare Energiegewinnung bereitstellen, müssen davon vor Ort
135 konkret profitieren. Private Anschaffungen z.B. von Solaranlagen für das Dach
136 müssen erleichtert und bei Neubauten verpflichtend werden. Gerade Gebäude in
137 öffentlicher Hand müssen Vorbilder dezentraler Energieversorgung sein. Wir
138 brauchen Speichertechnologien wie z.B. Wasserstoff, um die Schwächen einiger
139 erneuerbarer Energien auszugleichen. Es braucht rundum eine
140 gesamtgesellschaftliche und von der Politik angetriebene Transformation, damit
141 wir bis 2030 vollständig unabhängig von der Kohle sind.

142 ¹[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
143 [strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Begründung

2023 wurde als Klimajahr in unserem Verband ausgerufen und dem widmen wir uns jetzt auch! Ein vorgezogener Kohleausstieg in Ostdeutschland ist der Dreh- und Wendepunkt in der Klimapolitik in unserem Land. Wir können es uns nicht leisten unserer Stillstandskoalition in Sachsen-Anhalt dabei zuzusehen, wie sie eine Klimawende um jeden Preis verhindern will. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns dem entgegen und nutzen den Druck von der Straße, um für eine klimagerechte Zukunft zu kämpfen.